

*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*

# **Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft**

Reinhard Mohn Preis 2013

**Bildnachweis:**

Sebastian Pfützte: S. 45; Gerhard Heidorn/LAIF: S. 62/Umschlag, 64/Umschlag, 71, 72, 84; Tourism Council of Bhutan (TCB): S. 69, 74, 77, 81, 83; Ghislaine Grasser: S. 94, 102, 104/105, 106, 109; CREATISTA/Shutterstock.com: S. 97/Umschlag, 112; Daniel Korzieniewski/Shutterstock.com: S. 101; Taina Sohlman/Fotolia.com: S. 118; Oleksiy Mark/Shutterstock.com: S. 124, 140; Mika Heittola/Shutterstock.com: S. 127/Umschlag; Joe Gough/Fotolia.com: S. 128; Gargonia/Shutterstock.com: S. 132; Estea/Shutterstock.com: Umschlag (Helsinki), S. 135, 137; Laura Burke: S. 147/Umschlag, 148, 151, 153, 154, 160, 163; Picture courtesy of the State of Tasmania: S. 171 (Foto: Richard Bennett), 176; Thomas Klinke/Panthermedia.net: S. 172/Umschlag; Flo Fastl/Panthermedia.net: S. 179; Steffi Thiel/Fotolia.com: S. 182; Céline Diebold: S. 185, 188; Martina Berg/Panthermedia.net: S. 186.

Landkarten: Dieter Duneka.

Porträtfotos: Kerstin Andreae: Britt Schilling; Werner J. Bauer: Bertelsmann Stiftung; Peter Blom: Triodos Bank; Laura Burke: privat; Aart De Geus: Arne Weychardt; Céline Diebold: Steffen Krinke; Jörg Dräger: Arne Weychardt; Martine Durand: OECD/Michael Dean; Andreas Esche: Jan Voth; Armando García Schmidt: Eva Blank; Maja Göpel: Faceland; Mark Halle: L'Oreal; Harald Heinrichs: Brinkhoff-Mögenburg/Leuphana; Klaus Jacob: FU Berlin; Marius Keller: Ghislaine Grasser; Norman Laws: privat; Brigitte Mohn: Arne Weychardt; Liz Mohn: Arne Weychardt; Ingeborg Niestroy: European Economic and Social Committee; Petra Pinzler: Nicole Sturz; Henrik Riedel: Thomas Kunsch; Uwe Schneidewind: privat; Björn Stigson: Siemens; Rita Süßmuth: Bertelsmann Stiftung; Darren Swanson: International Institute for Sustainable Development; Klaus Töpfer: Institute for Advanced Sustainability Studies; Morgan Williams: Dairy NZ.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2013 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Armando García Schmidt

Lektorat: Sibylle Reiter

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-490-9

[www.bertelsmann-stiftung.de/verlag](http://www.bertelsmann-stiftung.de/verlag)

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
<i>Aart De Geus</i>	
<b>Strategie und Aktion für nachhaltige Entwicklung: eine globale Studie zu Best Practices</b> .....	11
<i>Andreas Esche, Armando García Schmidt, Céline Diebold, Henrik Riedel</i>	
<b>Globale Trends nachhaltiger Entwicklung: Ergebnisse aus der weltweiten Vorstudie zum Reinhard Mohn Preis 2013</b> .....	19
<i>Darren Swanson, Mark Halle, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
<b>Strategische Nachhaltigkeitspolitik: Herausforderungen und Chancen für Deutschland</b> .....	43
<i>Harald Heinrichs, Norman Laws, Henrik Riedel</i>	
<b>Fallstudien</b> .....	59
Bhutan: Ein Leitbild der Nachhaltigkeitspolitik .....	61
<i>Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
Costa Rica: Ein Pionier für nachhaltige Entwicklung .....	91
<i>Marius Keller, Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
Finnland: Auf dem Weg zu einem Gesellschaftsvertrag für eine nachhaltige Zukunft .....	117
<i>Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
Ghana: Kurs halten in einem schwierigen Umfeld .....	145
<i>Laura Burke, Armando García Schmidt</i>	
Tasmanien: Die Vision einer nachhaltigen Insel .....	169
<i>Morgan Williams, Ingeborg Niestroy, Céline Diebold, Andreas Esche</i>	

<b>Faktoren einer strategischen und erfolgreichen Nachhaltigkeitspolitik: Was kann Deutschland aus der Länderstudie des RMP 2013 lernen? .....</b>	<b>191</b>
<i>Klaus Jacob, Armando García Schmidt</i>	
<b>Das Kriterienraster .....</b>	<b>203</b>
<b>Arbeitskommission .....</b>	<b>213</b>
<b>Autoren und Team des Reinhard Mohn Preises .....</b>	<b>217</b>

# Costa Rica: Ein Pionier für nachhaltige Entwicklung

Marius Keller, Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche



## Einleitung

### Costa Ricas Weg zu nachhaltiger Entwicklung

Wer zum ersten Mal nach Costa Rica kommt, mag leicht übersehen, dass dieses kleine zentralamerikanische Land ein Pionier in Sachen nachhaltiger Entwicklung ist. Man kann dem Neuankömmling daraus nicht einmal einen Vorwurf machen. Beim Landeanflug auf den Flughafen der Hauptstadt San José und auf der Taxifahrt ins Zentrum sieht man ein chaotisches Straßen- und Häusergewirr. Die Stadt kämpft mit Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung und Problemen bei der Abfallbeseitigung. Sogar wenn man einen Ausflug in das atemberaubend schöne Umland macht, kehrt man mit gemischten Eindrücken zurück. Besonders die Verschmutzung vieler Flüsse fällt auf und die Bodennutzung scheint schlecht geplant. Costa Rica hat mit vielen Problemen zu kämpfen, denen sich Schwellenländer mit mittlerem Einkommen typischerweise gegenübersehen.

Ein Bericht, der sich nur auf diese Probleme konzentrierte, ließe jedoch Costa Ricas wirtschaftliche und soziale Errungenschaften sowie seine Erfolge beim Naturschutz unberücksichtigt. Costa Rica ist seinen Nachbarn, mit denen es alle geographischen und geopolitischen Bedingungen teilt, weit voraus. Eine bloße Auflistung von Problemen würde auch dem beeindruckenden Kurs nicht gerecht, den das Land während der vergangenen sieben Jahrzehnte verfolgt hat – einem Kurs, der durch mutige Entscheidungen auf höchster Regierungsebene eingeschlagen und gehalten wurde, der in der Zivilgesellschaft und im privaten Sektor Unterstützung fand.

Es war eine folgerichtige Fortsetzung dieses Kurses, als vor Kurzem Kriterien für nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des gesetzlich bindenden Nationalen Entwicklungsplans (Plan Nacional de Desarrollo) verankert wurden. Ziel dieses Plans ist es, die Errungenschaften der zurückliegenden Jahrzehnte zu bewahren und auf ihnen aufzubauen, indem verbindlicher und detaillierter als bisher die Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung festgeschrieben werden. Costa Ricas erfolgreiches Bemühen um Nachhaltigkeit war bereits Vorbild für politische Programme und Maßnahmen in vielen anderen Ländern. So haben etwa

Mexiko und Ecuador Systeme nach dem Vorbild des in Costa Rica entstandenen und erprobten Schemas von Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen geschaffen.

### Friede und Fortschritt in einer Krisenregion

Wissenschaftler schätzen, dass das Gebiet des heutigen Costa Rica zum ersten Mal etwa 8.000 Jahre v. Chr. von Menschen besiedelt wurde. Im Unterschied zu vielen Kulturen in benachbarten Gebieten entwickelten die ersten Einwohner Costa Ricas keine prägnante Hochkultur. Als die spanischen Kolonialherren im 16. Jahrhundert ins Land kamen, assimilierten sie rasch den größten Teil der indigenen Bevölkerung. Wegen seiner Armut an natürlichen Ressourcen und seiner Entfernung von der Regionalhauptstadt der Kolonisatoren (Antigua, im heutigen Guatemala) blieb das Gebiet auch während der Kolonialherrschaft relativ isoliert und arm. Dass es nur dünn besiedelt war, hatte zudem zur Folge, dass die Spanier die indigene Bevölkerung nicht gewinnbringend durch Zwangsarbeit ausbeuten konnten, wie sie es andernorts taten. Die spanischen Siedler, die ins heutige Costa Rica kamen, waren zudem vorwiegend kleine freie Bauern, die selbst das Land bestellten. So formierte sich früh und im Gegensatz zu vielen anderen Teilen des heutigen Lateinamerika eine Gesellschaft mit einem hohen Maß an sozialer Gleichheit.

1821 erklärte Costa Rica gemeinsam mit anderen zentralamerikanischen Provinzen seine Unabhängigkeit von Spanien. Mitte des 19. Jahrhunderts erschütterte eine Reihe bewaffneter Konflikte die Region, danach hielt Costa Rica die ersten demokratischen Wahlen ab. In Costa Rica ist es weitgehend gelungen, die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Inneren zu vermeiden, die für viele der anderen lateinamerikanischen Staaten im 19. und 20. Jahrhundert prägend waren. Der letzte Bürgerkrieg im Land fand 1948 statt und wurde durch Wahlbetrug ausgelöst. Seither gibt es in Costa Rica alle vier Jahre freie, gerechte und friedliche Wahlen.

Costa Rica, das im Nordosten an Nicaragua und im Südosten an Panama grenzt, umfasst ein Staatsgebiet von 51.100 Quadratkilometern und ist damit etwas größer als Dänemark. Das Land ist zur Hälfte von Wald bedeckt. Weltweit weist Costa Rica die größte Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten im Verhältnis zur Fläche des Landes auf (Obando 2000). Die Einwohnerzahl Costa Ricas hat sich von 1980 (2.245.000) bis 2011 (4.727.000) verdoppelt. 2011 lag das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei 8.647 Dollar, was einen effektiven Anstieg von 32 Prozent seit 2000 bedeutete. 2011 wurden sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Agrarsektor erwirtschaftet, 26 Prozent in der Industrie und 68 Prozent im Dienstleistungssektor (World Bank 2013). Die Exporterlöse, die 2011 zehn Milliarden Dollar überstiegen, werden vor allem durch die Landwirtschaft, die Tourismusbranche, die verarbeitende Industrie (Hersteller elektronischer, medizinischer und anderer Geräte) und Unternehmensdienstleister, wie zum Beispiel Call-Center, erzielt (Estado de la Nación 2012).

Die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener ist in Costa Rica gestiegen: Sie lag 1960 bei 62 Jahren und erreichte 2011 79,3 Jahre. Gleichzeitig ist die Kindersterblichkeit gesunken: von zwölf Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten 1998 auf 9,1 im Jahr 2011. Alle Kinder im Land haben Zugang zu Grundschulen und fast 70 Prozent der Kinder und Jugend-

lichen haben Zugang zu weiterführenden Schulen. Trotz dieser Fortschritte leiden infolge der weltweiten Wirtschaftskrise viele Einwohner unter Armut und Arbeitslosigkeit. Galten 2007 19 Prozent der Bevölkerung als arm, so waren es 2011 24,8 Prozent (Estado de la Nación 2012). Die Arbeitslosenquote ist von 4,5 Prozent im Jahr 2007 auf 7,7 Prozent im Jahr 2011 gestiegen.

**Tabelle 1: Costa Rica im Vergleich mit anderen Ländern der Region (Schlüsselindikatoren)**

Land	Position im HDI	Pro-Kopf-Einkommen	Gini-Index	Alphabetisierungsrate Erwachsener	Lebenserwartung (in Jahren)	Morde (pro 100.000 Einwohner)	Bewaldete Fläche	Treibhausgasemissionen pro Kopf
Belize	93	\$ 4.059	N/A	N/A	75,8	42	61,1 %	2,4
<b>Costa Rica</b>	<b>69</b>	<b>\$ 8.647</b>	<b>50,73</b>	<b>96 %</b>	<b>79,3</b>	<b>11</b>	<b>51,1 %</b>	<b>2,3</b>
El Salvador	105	\$ 3.702	48,33	84 %	71,9	66	13,9 %	1,8
Guatemala	131	\$ 3.178	55,89	75 %	71,1	41	34,1 %	2,2
Honduras	121	\$ 2.247	56,95	85 %	73,1	82	46,4 %	2,2
Nicaragua	129	\$ 1.587	40,47	78 %	74,0	13	25,9 %	2,5
Panama	58	\$ 7.498	52,03	94 %	76,1	22	43,7 %	3,2

Quellen: UNDP 2011; World Bank 2013; World Resources Institute (WRI) 2013

Anmerkung: Gini-Index-Daten von 2009 außer für Guatemala (2006) und Nicaragua (2005); Alphabetisierungsquoten von 2010 außer für Nicaragua (2005); Angaben zur durchschnittlichen Lebenserwartung von 2011 außer für Belize (2010); Angaben zur Zahl der Mordopfer von 2010; Anteile der bewaldeten Fläche am gesamten Staatsgebiet jeweils von 2011; Angaben zu Treibhausgasemissionen von 2005. 2010 wurde mit Laura Chinchilla Miranda zum ersten Mal in der Geschichte Costa Ricas eine Frau zur Präsidentin gewählt. Damit ist Costa Rica eines der wenigen zentralamerikanischen Länder, die jemals ein weibliches Staatsoberhaupt hatten. Auch der Frauenanteil im Parlament ist mit 39 Prozent höher als in fast allen anderen Ländern der Region. Übertroffen wird Costa Rica hier nur von Nicaragua (40 %, World Bank 2013).

## Programme und Strategien für nachhaltige Entwicklung im historischen Kontext

### Frühe politische Entwicklungen

Obwohl Costa Rica geographisch ähnliche Voraussetzungen hat wie seine Nachbarstaaten, schneidet es hinsichtlich wichtiger wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Indikatoren deutlich besser ab. Es liegt daher nahe, dass die Gründe für Costa Ricas Fortschritte weniger geographischer als soziohistorischer Natur sind. Tatsächlich haben das besondere koloniale Erbe des Landes und eine Reihe bahnbrechender politischer Entscheidungen seit 1948 dazu beigetragen, dass Costa Rica in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Vorreiter bei der Erprobung politischer Programme und Strategien für nachhaltige Entwicklung wurde.

Die Ursprünge für Costa Ricas oft gelobte egalitäre Gesellschaftsstruktur und frühzeitige demokratische Entwicklung liegen darin, dass das Land unter der spanischen Kolonialherrschaft von Zwangsarbeit verschont blieb. Freie und gerechte Wahlen wurden bereits vor über 100 Jahren eingeführt und so sind organisierte Wahlen heute die Norm in Costa Rica. Kurz nach Ende des letzten Bürgerkriegs 1948 traf die siegreiche Junta unter José Figueres Ferrer eine bedeutsame Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen für das Land. Sie schaffte



die Armee ab und versprach, die frei werdenden Mittel in Bildung zu investieren. Das Versprechen wurde eingelöst. Die 1949 in Kraft getretene und noch heute gültige Verfassung legt fest, dass die öffentlichen Ausgaben für Bildung mindestens sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen müssen.

Durch diesen ungewöhnlichen Schritt schuf Costa Rica damals zwei wichtige Grundlagen seines Erfolgs. Zum einen konnten politische Stabilität, Demokratie und innere Sicherheit gedeihen – im Unterschied zur Militarisierung, die die Politik in den Nachbarstaaten prägte. Der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung hat wiederholt die Qualität und Stärke der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit in Costa Rica unterstrichen (Bertelsmann Stiftung 2013). Zum anderen sorgten frühe und umfangreiche Investitionen in Bildung dafür, dass die schon vor 1949 erzielten Erfolge im Bildungsbereich gefestigt und ausgebaut werden konnten. Eine immer stärkere wirtschaftliche, soziale und politische Beteiligung der Bürger wurde so zum Motor und entscheidenden Merkmal von Costa Ricas Entwicklung.

1977 traf Costa Rica mit der Einführung eines Nationalparksystems eine weitere zukunftsweisende Entscheidung. Zu dieser Zeit wurden jährlich etwa 50.000 Hektar Wald gerodet, meist um Weideland für Rinder zu gewinnen, deren Fleisch in die Vereinigten Staaten exportiert wurde. Costa Rica hatte damit eine der höchsten Entwaldungsquoten weltweit. Das Land folgte daraufhin dem Beispiel des National Park Service in den Vereinigten Staaten und stellte zunächst bestimmte Gebiete, z. B. Vulkangipfel, unter Schutz. In rascher Folge wurden dann weitere Nationalparks eingerichtet, besonders viele unter der Präsidentschaft von Daniel Oduber Quirós (1974–1978). Heute gibt es in Costa Rica 28 Nationalparks, die zusammen zwölf Prozent des Staatsgebietes einnehmen. Weitere 15 Prozent des Staatsgebietes stehen teilweise unter Naturschutz, was zumindest ihre vollständige Entwaldung verhindert.

All diese Maßnahmen konnten die Entwaldung des Landes jedoch lediglich verlangsamen, sie konnten die Tragödie nicht aufhalten, die Rodrigo Gámez, der Direktor des Staatlichen Instituts für Biodiversität, als »Costa Ricas Striptease« bezeichnet. Weitere politische Veränderungen waren nötig, u. a. der allmähliche Abbau schädlicher Anreize für intensive



Landwirtschaft und Viehzucht in den 1980er- und 1990er-Jahren. Das Umweltministerium, das heute als Ministerium für Umwelt und Energie firmiert, wurde 1988 geschaffen. Seine Gründung hatte zur Folge, dass Naturschutzprogramme verbindlich festgeschrieben und koordiniert wurden und die Erfordernisse des Umweltschutzes verstärkt ins öffentliche Bewusstsein traten (Conservation Finance Alliance 2003).

### Heranreifen weiterer Programme für nachhaltige Entwicklung

Das neu geschaffene Ministerium für Umwelt und Energie veröffentlichte kurz nach seiner Gründung eine »Strategie für Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung in Costa Rica« (Quesada Mateo 1990). Dieses Strategiepapier war bahnbrechend, was den Zeitpunkt der Veröffentlichung, die Schärfe und Reichweite der Diagnose und den politischen Ehrgeiz betrifft. Es erschien nur wenige Jahre nach dem Brundtland-Bericht, zu einer Zeit, als wenige andere Länder eine offizielle Strategie für Nachhaltigkeit vorweisen konnten. Das Papier benannte viele Probleme, die in vielen anderen Staaten erst viel später erkannt wurden. Es ging deutlich über reine Umweltfragen hinaus und behandelte eine Reihe von Politikbereichen, u. a. Wasserversorgung, Tourismus, Energiewirtschaft und Gesundheitswesen. Die Autoren der Strategie schlugen weitreichende Maßnahmen vor, die noch heute diskutiert werden und u. a. den Einsatz von Pestiziden, die Abfallbeseitigung und Regeln für die Bodennutzung betreffen. Leider gelang es nicht, die Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen sicherzustellen, sodass von diesem Vorstoß »nur ein Haufen guter Vorsätze übrig blieb« (Conservation Finance Alliance 2003). Dennoch war mit diesem Strategiepapier schon früh eine Grundlage für viele Programme geschaffen, die in den folgenden Jahren eingebracht und umgesetzt wurden.

Die Wirkung des Strategiepapiers auf die Tourismusbranche ist besonders offenkundig. Gesetze aus dem Jahr 1985 sahen Steueranreize, Ausnahmen von tariflichen Bestimmungen und noch einige weitere Maßnahmen vor, um das Wachstum der Branche zu fördern. Doch erst die »Strategie für Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung in Costa Rica« enthielt klare Vorgaben für die notwendigen Maßnahmen und Programme, um Ökotourismus als das erwünschte Wachstumsmodell des Landes zu fördern. Das Strategiepapier skizzierte ein Modell nachhaltiger Entwicklung, dessen Grundlage Nationalparks und andere Umweltschutzmaßnahmen waren. Das Modell sollte darüber hinaus besonders armen Gegenden wirtschaftliche Entwicklung und mehr Beschäftigung bringen. Heute hat Costa Rica einen Nationalen Plan für nachhaltigen Tourismus. Das Land gibt Unternehmen der Tourismusbranche die Möglichkeit, Zertifikate zu erwerben und dadurch von Fördermaßnahmen für nachhaltige Entwicklung zu profitieren.

Die »Strategie für Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung in Costa Rica« weist auch darauf hin, dass kontinuierliche Bemühungen unternommen werden müssen, um den Wald zu schützen und den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu begrenzen. Mitte der 1990er-Jahre war die Zeit reif für einen weiteren politischen Vorstoß, bei dem es um Lösungen in beiden Bereichen ging. Die Regierung von José María Figueres Olsen (Sohn des ehemaligen Präsidenten José Figueres Ferrer) kombinierte ökologisches und ökonomisches Denken. Sie ersetzte bestehende Zuschüsse für Wiederaufforstung durch ein System von Zahlungen für

Ökosystemdienstleistungen (Payment for Ecosystem Services, PES), das von der Nationalen Stiftung für Waldfinanzierung (Fondo Nacional de Financiamiento Forestal, FONAFIFO) verwaltet wird. Statt einfach Schonungen zu subventionieren, ordnete dieses System den unzähligen, aber kaum quantifizierbaren Dienstleistungen des Waldes einen realen ökonomischen Wert zu – etwa Klimaregulierung, Wasserversorgung, Erhaltung der biologischen Vielfalt und Schutz der Natur als Grundlage von Tourismus und Forschung (FONAFIFO 2012).

Zwar lässt sich der genaue Wert dieser Dienstleistungen unmöglich beziffern. Das System stellt jedoch sicher: Landbesitzer erhalten mehr Geld, als ihnen entgeht, wenn sie das Land nicht roden und etwa für Viehzucht nutzen. Die Zahlungen an die Landbesitzer richten sich nach der Art von Ökosystemdienstleistungen, die der Wald auf ihren jeweiligen Flächen erbringt, müssen jedoch höher sein als die Opportunitätskosten, die in der Anfangsphase auf 42 Dollar pro Hektar geschätzt wurden, so der Direktor der Nationalen Stiftung für Waldfinanzierung, Jorge Mario Rodriguez. Die finanziellen Mittel für dieses Zahlungssystem erbringt vor allem eine staatliche Steuer auf den Verkauf fossiler Brennstoffe, die bei ihrer Einführung 3,5 Prozent betrug und heute doppelt so hoch ist. Zusätzliche Mittel kann die Regierung durch den Verkauf von Treibhausgasemissionsrechten auf dem internationalen Markt erwirtschaften.

Seit es 1997 in Kraft trat, hat das PES-System sich stetig weiterentwickelt, um neue Finanzquellen zu erschließen und mehr Land zu schützen. Bewahrte das System zunächst ausschließlich natürlich gewachsene Wälder, so werden nun auch nachhaltig wirtschaftende Baumplantagen gefördert, die dazu beitragen, die Abhängigkeit von Holzimporten zu vermindern. Zu den neuen Finanzierungswegen gehört eine grüne Debitkarte: Zehn Prozent der Kartengebühren werden einem Fonds für nachhaltige Biodiversität überwiesen. Das Konzept des PES-Systems wird inzwischen auch für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft genutzt. Farmer sollen dafür belohnt werden, dass ökologische Anbautechniken Ökosystemdienstleistungen auch in Zukunft ermöglichen.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts hatte Costa Rica seine nachhaltige Entwicklung auf eine tragfähige politische Grundlage gestellt. Politische Programme und Strategien stärkten die wichtigsten Elemente nachhaltiger Entwicklung: nachhaltiges Wirtschaften, etwa durch die Anschubförderung für nachhaltigen Tourismus, eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung, sichtbar zum Beispiel in der Priorität, die Costa Rica der Zukunftsfrage Bildung einräumt, und Umweltschutz, für den das Nationalpark- und das PES-System herausragende Beispiele sind. Es fehlte jedoch ein umfassender politischer Entwurf, der all dies in einen Zusammenhang stellte, zumal die 1990 vorgelegte »Strategie für Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung in Costa Rica« nie ausdrücklich angenommen und umgesetzt wurde. Dennoch beweist die Existenz eines solch bahnbrechenden Dokuments, dass einige Entscheidungsträger einen ganzheitlichen Denkansatz hatten. Die Tatsache, dass viele Entscheidungen von einer Reihe aufeinander folgender Regierungen getragen wurden, zeigt zudem das Vorhandensein einer grundlegenden Vision, die von vielen geteilt wurde und breite Unterstützung fand.

Der nächste entscheidende Schritt bestand nun darin, nachhaltige Entwicklung als Ziel des Regierungshandelns auf höchster Ebene zu verankern. Jede Regierung in Costa Rica verabschiedet einen Nationalen Entwicklungsplan, der für ihre gesamte vierjährige Amtszeit gilt. In diesen Plänen spielt Nachhaltigkeit seit einiger Zeit eine immer größere Rolle. Der Plan



der Regierung Sánchez (2006 bis 2010) benannte Nachhaltigkeit zwar nicht als Leitbild, bezeichnete jedoch einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt als unverzichtbare Grundlage des Regierungshandelns, weshalb sowohl das Wirtschafts- als auch das Bevölkerungswachstum nachhaltig gestaltet werden müssten. Erst der aktuelle Nationale Entwicklungsplan für die Jahre 2011 bis 2014 sieht das Mainstreaming von Nachhaltigkeit vor, das in jedem einzelnen Politikbereich eine Rolle spielen müsse.

### Konzeptionelle Ausrichtung und Ziele des Nationalen Entwicklungsplans

Zu den herausragenden Merkmalen des Nationalen Entwicklungsplans Costa Ricas für die Jahre 2011 bis 2014 (MIDEPLAN 2010) gehören seine ganzheitliche Herangehensweise, die Einführung messbarer Indikatoren für die einzelnen Ziele, seine gesetzlich bindende Kraft und die Tatsache, dass jedem Indikator zwingend ein Budget zugeordnet werden muss. »Sichere Entwicklung, die von Innovationsgeist, Wissenschaft und Technologie geleitet und von Solidarität getragen wird und deren Ziel ökologische Nachhaltigkeit ist«, so lautet die Mission der Regierung, für die der Plan wirbt und Wege der Realisierung aufzeigt. Das Gleichgewicht »zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umwelt« gehört ebenso zum Kern der Bestrebungen wie die Verwirklichung von »mehr Gleichheit und Solidarität« (ebd.). Wie wichtig es der Regierung ist, Grundlagen für Nachhaltigkeit zu schaffen und zu stärken, zeigt sich auch in den vier wichtigsten Bereichen strategischen Handelns:

- Soziales Wohlergehen und Familie
- Sicherheit der Bürger und sozialer Frieden
- Umweltschutz und Raumplanung
- Wettbewerb und Innovation

Wesentlich für den Plan sind mehr als 400 einzelne, genau beschriebene Ziele, die auf nationaler Ebene, in den verschiedenen Sektoren sowie in den Regionen und Kommunen verfolgt werden sollen. Die vorrangigen Ziele auf gesamtstaatlicher Ebene werden in Tabelle 2 dargestellt.

**Tabelle 2: Nationaler Entwicklungsplan, Ziele und Indikatoren**

Ziel	Indikator	Ist-Zustand
<i>Wettbewerbsfähigkeit, Anschluss an internationale Entwicklungen</i>		
5 bis 6 % Wachstum des BIP bis zum Ende der Legislaturperiode, mit nachhaltigem Wachstumsrhythmus	Wachstum des BIP bei gleichzeitiger Preisstabilität	-1.1 % (2009)
Position im Global Competitiveness Index um mindestens 3 Punkte verbessern	Global Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums	56 (2009/10)
Bis 2014 die Inflationsrate gering halten und starke Abweichungen von Inflationsraten wichtiger Handelspartner verhindern	Maximale Abweichung der Inflationsrate, die sich aus dem nationalen Preisindex ergibt, und der durchschnittlichen Inflationsrate der wichtigsten Handelspartner	+1.68 % (2009)
<i>Gleichheit und Solidarität</i>		
Offizielle Arbeitslosenquote bis zum Ende der Legislaturperiode auf 6 % senken	Offizielle Arbeitslosenquote	7.8 % (2009)
Gebündelte Hilfsmaßnahmen für 20.000 extrem arme Haushalte bereitstellen	Zahl der Haushalte, die von gebündelten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung profitieren	0
<i>Sicherheit</i>		
Anstieg der Zahl schwerer Verbrechen vermindern (Mord, Vergewaltigung, bewaffneter Raub etc.)	Kriminalitätsrate pro 100.000 Einwohner	138 pro 100.000
	Verurteilte Straftäter pro 100.000 Einwohner	1,529 pro 100.000 (2009)
Sicherheitsempfinden der Bürger verbessern, Ansehen der Polizei in 40 Distrikten mit hohem Kriminalitätsrisiko verbessern (10 pro Jahr)	Sicherheitsempfinden statistisch erfassen	Umfrage im Dezember 2010 durchführen (um die Ausgangslage zu klären)
<i>Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt</i>		
95 % des Strombedarfs aus nachhaltigen, erneuerbaren Energiequellen decken, Fortschritte in Richtung Klimaneutralität	Anteil erneuerbarer Energien	93,5 % (2009)
Platz 3 im Yale Environmental Performance Index behaupten	Environmental Performance Index (Yale University)	3. Platz von 163 (2009)
<i>Demokratisches Regieren im politischen und sozialen Dialog, Modernisierung des Staates</i>		
Die öffentliche Verwaltung, die Qualität öffentlicher Dienstleistungen und die Bürgerbeteiligung verbessern, dazu das Ergebnis im Managing for Development Results Index der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB) um 25 % steigern	Ergebnis im Managing for Development Results Index der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB)	2,6 (2009)
Ergebnis des Landes beim E-Government Index auf 35 % der möglichen Punkte verbessern (64 von 183)	E-Government Index	71 von 183 (2009)

Quelle: MIDEPLAN 2010

Viele dieser Ziele sind für die gesamtstaatliche Ebene, für die einzelnen Sektoren und für die Regionen und Kommunen recht ehrgeizig. Wie Roberto Gallardo, Minister für Nationale Planung und Politische Ökonomie (Minister for National Planning and Political Economy), sagt,

ist es »einfacher, die Kindersterblichkeit von 25 Sterbefällen auf zehn pro 1.000 Lebendgeburten zu senken als von zehn auf neun. Costa Rica hat ein Entwicklungsniveau erreicht, von dem aus Fortschritt nun viel schwieriger ist.« Dies zeigt sich deutlich bei der Stromerzeugung. 2009 wurden 93,5 Prozent des landesweiten Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen gedeckt. Diesen Prozentsatz weiter zu steigern, wird sich als schwierig erweisen; tatsächlich mag es sogar ein Erfolg sein, wenn es gelingt, diesen hohen Anteil bei steigendem Strombedarf zu halten. Es ist schwieriger, hierin einen Fortschritt zu sehen als in einer nachweisbaren Steigerung des Prozentsatzes.

In Bereichen wie der Raumplanung, der Abfallentsorgung und der Umweltverschmutzung durch Verkehr sind große Verbesserungen jedoch immer noch nötig und möglich. Die ersten beiden Themenfelder liegen größtenteils in der Zuständigkeit der Kommunen. Die Rolle der nationalen Regierung beschränkt sich daher darauf, für Pläne und Strategien zu werben, die dann auf einer anderen Regierungsebene umgesetzt werden. So verfolgt die Regierung zum Beispiel das Ziel, bis 2014 in allen 81 Kommunen Flächennutzungspläne zu realisieren. Mögliche Lösungen für das Problem der Umweltverschmutzung durch den Verkehr ergeben sich vor allem aus den Zielvereinbarungen zur Verlangsamung des Klimawandels. So soll bis 2014 der Verbrauch fossiler Brennstoffe um durchschnittlich fünf Prozent gesenkt werden.

Der Klimawandel wird in vielerlei Hinsicht zur wichtigsten Orientierungsmarke für Costa Ricas Entwicklungsplanung. 2007 verkündete der damalige Präsident Oscar Arias, Costa Ricas Wirtschaft werde bis 2021, also bis zum 200-jährigen Jubiläum der Staatsgründung, klimaneutral sein. Planungsminister Gallardo schließt sich dem heute an: »Klimaneutralität ist das wichtigste Ziel.« Obwohl der Nationale Entwicklungsplan Klimaneutralität nicht als Leitbild nennt, geht es bei vielen zentralen Themen und Indikatoren Costa Ricas auch um eine Reduktion der Kohlendioxidemissionen.

Der Plan wird dadurch glaubwürdig, dass er erstens rechtlich bindend ist und zweitens die finanziellen Mittel zu seiner Umsetzung bereitgestellt werden. Mit seinen Zielen und Indikatoren ist er mehr als nur eine freiwillige, gut gemeinte Absichtserklärung: Die Regierung ist von Gesetzes wegen verpflichtet, einen solchen Plan vorzulegen und seine Umsetzung dem Gesetz über die Nationalen Entwicklungspläne entsprechend zu überwachen. Jedem Indikator müssen bestimmte Haushaltsmittel zugeordnet sein; all diese aufgabenbezogenen Budgets gemeinsam ergeben dann den Haushaltsentwurf der Regierung. Dies sind wirksame Kontrollmechanismen, die es ermöglichen, die Regierung beim Wort zu nehmen.

## Prozess der Umsetzung

### Institutionalisierung von Nachhaltigkeit

Verschiedene formelle und informelle Faktoren erleichtern die Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans und anderer Programme für nachhaltige Entwicklung. Hierzu gehören (1) eindeutige Vorgaben dafür, welche Institutionen die Umsetzung politischer Programme koordinieren und überwachen sollen, (2) Rechtsstaatlichkeit, (3) Finanzierungsvorschläge als

Teil politischer Programme sowie (4) ein breiter Konsens der wichtigen politischen Parteien in vielen Fragen, die nachhaltige Entwicklung betreffen. In diesem Unterkapitel betrachten wir jeden dieser vier Faktoren genauer:

(1) Da das Dokument der gesamten Regierung als Richtschnur dient, wird der Nationale Entwicklungsplan auf höchster Regierungsebene unterstützt. Seine Umsetzung wird auch durch eine klare institutionelle Struktur befördert, innerhalb derer der Planungsprozess koordiniert und überprüft wird. Das Ministerium für Nationale Planung und Politische Ökonomie (MIDEPLAN) ist zwar anderen Ministerien gegenüber nicht weisungsbefugt, genießt jedoch einen besonderen Status, da es Präsidentin Laura Chinchilla Miranda bei der Organisation und Koordination der Regierungsarbeit in den verschiedenen Politikfeldern unterstützt. Es hilft ihr auch, Verantwortung zu übertragen sowie die Fortschritte zu kontrollieren und einzuschätzen, die das Land in Richtung der erklärten Regierungsziele gemacht hat.

In allen 170 Ämtern und Behörden der Zentralregierung gibt es eine Einheit für institutionelle Planung. Diese Verwaltungseinheiten berichten dem Sekretariat des Nationalen Planungssystems regelmäßig über die erreichten Fortschritte. Die Berichte sind nach klaren methodischen Vorgaben verfasst. Das Nationale Planungssystem ist im MIDEPLAN angesiedelt und wird dort koordiniert. Das MIDEPLAN gibt der Präsidentin halbjährlich einen Überblick über den Stand der Umsetzung der politischen Ziele. Die Regierung ist dadurch in der Lage zu handeln, wenn sie feststellt, dass der nötige Erfolg auf einem bestimmten Gebiet ausbleibt. Das MIDEPLAN steht auch im Austausch mit den subnationalen Regierungsebenen, unterstützt Kommunen darin, eigene Entwicklungspläne auszuarbeiten, und koordiniert Interventionen der Zentralregierung auf kommunaler Ebene.

Um die Öffentlichkeit kontinuierlich zu informieren, gibt das MIDEPLAN einen jährlichen Bericht über Fortschritte nach dem Nationalen Entwicklungsplan heraus. Dieses Dokument verzeichnet sämtliche Fortschritte, die hinsichtlich hunderter Ziele auf nationaler Ebene und in den einzelnen Sektoren erreicht wurden. Es gibt keine Institution außerhalb des Ministeriums, die als Kontrollinstanz fungiert, jedoch veröffentlicht die Nationale Rektorenkonferenz – ihr gehören die Rektoren der staatlichen Universitäten an – jedes Jahr einen viel beachteten Bericht zur Lage der Nation (z. B. Estado de la Nación 2012), der eine regierungsunabhängige und kritische Sicht auf die Entwicklung des Landes bietet. Obwohl die Berichte zur Lage der Nation die Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans nicht direkt bewerten, geben sie doch eine genaue Einschätzung des Entwicklungsstands in puncto Nachhaltigkeit und enthalten Empfehlungen an die Politik. Die Berichte werden von der Regierung respektiert und die Regierung ist mit mehreren Ministern in dem Beirat vertreten, der den Inhalt der Berichte prüft.

(2) Rechtsstaatlichkeit ist ein weiterer Faktor, der bei der Umsetzung des Plans eine wichtige Rolle spielt. Die Gerichte werden in Costa Rica respektiert und ihre Urteile haben in der Vergangenheit meist das Streben hin zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützt, besonders auf dem Gebiet des Umweltschutzes. 2010 unterband das Verfassungsgericht den Versuch, in einem Nationalpark in Crucitas nahe der nicaraguanischen Grenze eine Goldmine zu eröffnen. Die Betreibergesellschaft erklärte, dort sei ein Ertrag von mindestens 1,2 Millionen Feinunzen Gold zu erwarten (Leff 2011), doch das Gericht entschied, der geplante Tagebau liege nicht »im nationalen Interesse an einer intakten Umwelt«.



Die Macht der Judikative hat allerdings eine Kehrseite. Auch gute Vorschläge scheiterten hin und wieder an einem behäbigen Rechtssystem und Entscheidungen, die politischen Intentionen zuwiderlaufen. Dies gilt besonders heutzutage, da die politische Landschaft stärker zersplittert ist als früher. Diese Zersplitterung hat dazu geführt, dass Entscheidungen, für die es breite Unterstützung gab, zurückgenommen werden mussten, weil Fragen vor das Verfassungsgericht getragen wurden, die eigentlich im politischen Wettbewerb entschieden werden sollten. So erging es zum Beispiel vor Kurzem einer Vorlage für eine Steuerreform. Alles in allem hatten und haben die Gerichte jedoch eine Schutzfunktion für eine nachhaltige Entwicklung.

(3) In Costa Rica wurden bisher in der Regel umfangreiche und ausreichende Mittel für die Umsetzung politischer Vorhaben bereitgestellt. Natürlich zeigt das Beispiel der 1990 veröffentlichten »Strategie für Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung in Costa Rica«, dass gute politische Absichten und Programme bisweilen an mangelnder Finanzierung scheitern. Doch anders als anderen Ländern ist es Costa Rica in vielen Fällen gelungen, Finanzierungsprobleme zu lösen. Die Gründe für Costa Ricas Erfolge in dieser Hinsicht liegen im erreichten Wirtschaftsniveau, durch das die Steuereinnahmen gestiegen sind, und in dem politischen Willen, die nötigen Mittel für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung zu stellen. So sieht Costa Ricas Verfassung vor, dass mindestens sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben werden müssen. Einigen unserer Gesprächspartner zufolge plant die Regierung sogar, acht Prozent in Bildung zu investieren, auch wenn man diese bemerkenswerte Absicht nicht im Nationalen Entwicklungsplan bestätigt findet. Die Haushaltsausgaben für Bildung pro Kopf der Bevölkerung sind jedoch drei Mal so hoch wie der Durchschnitt in der Region (World Bank 2013).





Die genaue Zuordnung von Haushaltsmitteln zu einzelnen Entwicklungszielen gehört ebenfalls zu den grundlegenden Prinzipien des Nationalen Entwicklungsplans. Jedem der mehreren Hundert Ziele entspricht ein klar beziffertes Budget. Die Regierung kann dadurch kohärent planen und schon während des Planungsprozesses die Realisierbarkeit von Zielen überprüfen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die avisierten Mittel auch wirklich immer zur Verfügung stehen. So brachte zum Beispiel 2012 das Verfassungsgericht eine geplante Steuerreform aus Verfahrensgründen zu Fall. Infolge dieses Urteils standen der Regierung 900 Millionen Dollar weniger an Steuereinnahmen zur Verfügung als erwartet. Dieses Geld war bereits für viele im Entwicklungsplan festgelegte Ziele verplant (NZZ 2012).

Oft ist es Costa Ricas Pionieren in Sachen Nachhaltigkeit jedoch gelungen, wichtige Programme gegen die Unwägbarkeiten des politischen Tagesgeschäfts zu verteidigen. Das in der Verfassung festgelegte Ausgabenziel für Bildung ist ein Beispiel hierfür, das Finanzierungsmodell für die Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen ein anderes. Das PES-System wird unmittelbar aus einer Steuer auf fossile Brennstoffe finanziert. Den Fonds verwaltet FONAFIFO, das von einem Gremium geleitet wird, dem sowohl private Akteure als auch Regierungsvertreter angehören. Costa Rica hat zudem geschickt internationale Fonds angezapft, um seine Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Die offiziellen Einnahmen aus der Entwicklungshilfe sanken von über fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts Mitte der 1980er-Jahre auf null Prozent nur zehn Jahre später, doch das Land nutzte seine Erfolge bei Umweltschutz und Nachhaltigkeit, um sich international neue Finanzquellen zu erschließen. So erhält es Geld aus bilateralen und multilateralen Fonds für die Verlangsamung des Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen. Auf diese Weise ist es Costa Rica gelungen, trotz politischer Wechselfälle und internationalen Wandels eine relativ sichere finanzielle Grundlage für seine Nachhaltigkeitsagenda zu schaffen.



(4) Die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen wird schließlich auch dadurch erleichtert, dass innerhalb der politischen Elite ein informeller Konsens über Leitbilder und Strategien besteht. Wie der ehemalige Umweltminister Carlos Manuel Rodríguez sagt, »behauptet sich Nachhaltigkeit hartnäckig als Ziel des Regierungshandelns«. Wesentliche politische Zielvorstellungen haben viele Regierungswechsel unbeschadet überstanden. Ein Beispiel hierfür ist das PES-System. Bei den Wahlen 1994 standen sich Rodríguez und der amtierende Umweltminister René Castro als designierte Umweltminister ihrer rivalisierenden Parteien gegenüber. Vor der Wahl stimmten sie in ihren wichtigsten Zielen und Strategien überein. Schließlich gewann Castros Partei der Nationalen Befreiung (Partido Liberación Nacional) die Wahl, doch Rodríguez wurde sein einflussreicher Berater im Ministerium für Umwelt und Energie. Gemeinsam, und in Kooperation mit der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor, führten sie das PES-System ein und gaben ihm mit FONAFIFO eine institutionelle Heimat. Diese Art parteiübergreifender Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele gab und gibt es auch in anderen wichtigen Bereichen. Ihr ist es zu verdanken, dass intelligente und innovative Lösungen dauerhaft durchgesetzt werden konnten.

Die größten Hindernisse bei der Umsetzung der Politik sind bisher die mangelnde Handlungsfähigkeit der Kommunen und Koordinationsschwierigkeiten zwischen der nationalen Regierungsebene und den subnationalen Ebenen. Neben der Zentralregierung gibt es in Costa Rica nur eine weitere Regierungsebene von Bedeutung – die 81 direkt gewählten Stadt- und Gemeinderäte. In ihre Zuständigkeit fallen viele Aspekte von Nachhaltigkeit, u. a. die Raumplanung und die Abfallwirtschaft. Den Kommunen fehlen jedoch häufig finanzielle Mittel und Fachkräfte, um diese Aufgaben zu bewältigen, und manche unterhalten allzu enge Verbindungen zu Großgrundbesitzern, die sich strikteren Regeln widersetzen.

Hinzu kommt ein Mangel an Koordination auf regionaler und lokaler Ebene. So sind Flächennutzungspläne wichtig, um Wassereinzugsgebiete zu schützen, doch fallen die Grenzen der Kommunen selten mit den Grenzen von Ökosystemen zusammen. Daher kommt es wesentlich darauf an, dass die Kommunen ihre Bemühungen koordinieren. Das MIDEPLAN versucht, diese Probleme zu lösen und die Koordination zwischen der Zentralregierung und den Kommunen durch formelle Abstimmungsverfahren zu verbessern. Zudem verfolgt das Ministerium das Ziel, dass alle 81 Kommunen bis 2014 Flächennutzungspläne in Kraft setzen.

## Beteiligung

Der Nationale Entwicklungsplan dient der Regierung als Richtschnur für anstehende Gesetzgebungsverfahren, er ist also in erster Linie ein Instrument des Regierungshandelns. Ausgearbeitet wurde er allerdings in einem Prozess öffentlicher Konsultationen. Zwar hat die derzeitige Regierungspartei während ihrer erfolgreichen Wahlkampagne festgelegt, welche Politikfelder und Maßnahmen der Plan in den Vordergrund stellt. Doch dann fanden eine Reihe öffentlicher Konsultationen in den verschiedenen Sektoren und in den verschiedenen Regionen des Landes statt, die dazu dienten, den Plan zu verbessern und zu vervollständigen.

Planungsminister Gallardo zufolge wird sich auch der Konsultationsprozess selbst noch weiterentwickeln. »Wir haben solche Konsultationen zum ersten Mal veranstaltet. Beim



nächsten Mal werden wir noch systematischer und konsequenter vorgehen«, erklärt er. Ein Kompromiss zwischen der nötigen Zügigkeit des Verfahrens und dem erwünschten Maß an Beteiligung ist jedoch unvermeidlich. Nationale Entwicklungspläne werden oft ein Jahr nach Amtsantritt der jeweiligen Regierung fertiggestellt, sodass nur noch drei Jahre für die Umsetzung bleiben. Die Herausforderung besteht also darin, den Beteiligungsprozess effizient und wirksam zu gestalten.

Beteiligung geschieht natürlich auf vielen Wegen, nicht nur in Form direkter Mitwirkung beim Planungsprozess. Entscheidend ist hierbei, dass Costa Ricas demokratische Tradition weiter in die Vergangenheit zurückreicht als die der meisten anderen lateinamerikanischen Staaten. Mit nur wenigen Jahren Unterbrechung finden seit mehr als 160 Jahren freie und gerechte Wahlen statt, kontinuierlich seit 1948. Darüber hinaus nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen und private Unternehmen an vielen Entscheidungs- und Regierungsprozessen teil, die nicht unmittelbar mit dem Nationalen Entwicklungsplan in Verbindung stehen. So setzt sich z. B. der Rat für Tourismus aus einer Reihe von Repräsentanten der Branche zusammen und wird vom Minister für Tourismus geleitet. Der Aufsichtsrat von FONAFIFO, der für die Verwaltung des PES-Systems verantwortlich ist, besteht aus drei Repräsentanten des öffentlichen Sektors und zwei Vertretern des privaten Sektors.

Viele private Unternehmen kooperieren offenbar erfolgreich mit der Regierung, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen. In der Tourismusbranche ist dies besonders offensichtlich, da hier Umweltschutz ein entscheidender Wettbewerbsvorteil ist. Mithilfe des Rates für Tourismus haben die Unternehmen ein umfassendes System von Zertifizierungen eingeführt, das verschiedene Aspekte von Nachhaltigkeit berücksichtigt. Doch auch in anderen Bereichen gibt es interessante Beispiele für die Zusammenarbeit von Regierung und Unternehmen.

Der größte Getränkehersteller des Landes versucht nicht nur, klimaneutral zu arbeiten, wie es der Vision der Regierung entspricht, sondern strebt auch eine ausgeglichene Wasserbilanz an, indem er den Verbrauch reduziert und in Wassereinzugsgebiete investiert. Über die Höhe der Löhne und Gehälter im Unternehmen entscheiden nicht nur finanzielle Bench-



marks, auch das Erreichen sozialer und ökologischer Ziele spielt eine Rolle. Grundlage all dieser Bestrebungen ist eine gemeinsame Vision, in der nachhaltige Entwicklung nicht nur als zusätzlicher Kostenfaktor erscheint, sondern als einzigartiger Vorteil, der die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärkt. Man könnte auch sagen, die Unternehmen haben verstanden, dass sich mit Nachhaltigkeit gute Geschäfte machen lassen.

Costa Rica hätte jedoch niemals so viel erreicht, gäbe es in der Öffentlichkeit nicht breite Unterstützung für viele wichtige Programme und Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit. Auch hat die Zivilgesellschaft das Erreichte oft geschützt. So waren 86 Prozent der Bevölkerung gegen die geplante Goldmine in Crucitas, deren Eröffnung schließlich von den Gerichten gestoppt wurde (Leff 2011); die Zivilgesellschaft spielte eine wichtige Rolle, indem sie laut Einspruch erhob und die Regierung zwang, ihre Unterstützung für die Mine zurückzuziehen. Durch Referenden konnte die Bevölkerung ebenfalls an politischen Richtungsentscheidungen teilhaben. So wurde zum Beispiel das Freihandelsabkommen mit den USA bei einer heftig umkämpften Volksabstimmung mit knapper Mehrheit gebilligt.

Insgesamt ist das Niveau der Beteiligung des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der gesamten Bevölkerung an wichtigen politischen Debatten und Entscheidungen zweifellos sehr hoch. Interessanterweise ist dies sowohl eine Grundlage gegenwärtiger und künftiger Erfolge als auch das Ergebnis von Costa Ricas frühzeitiger Entscheidung, in Bildung zu investieren, ohne die Beteiligung nicht möglich wäre.

## Ergebnisse und Erfolge

Costa Ricas Erfolgsgeschichte lässt sich am besten durch das Zusammenwirken dreier Grundlagen für Nachhaltigkeit erklären: Wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Fortschritt gehen Hand in Hand. Ganz offensichtlich zahlt sich das Entwicklungsmodell des Landes aus. Das Pro-Kopf-Einkommen ist doppelt so hoch wie im zentralamerikanischen Durchschnitt



und erreicht fast das Pro-Kopf-Einkommen von OECD-Mitgliedstaaten wie Chile und Mexiko. Dieser wirtschaftliche Erfolg war jedoch nur möglich, weil er von sozialen und ökologischen Errungenschaften begleitet war. Die Tourismusbranche, in der acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 22 Prozent der Exporterlöse erwirtschaftet werden und 20 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt sind, stellt Costa Ricas Naturerbe in den Mittelpunkt all ihrer Marketingstrategien. Wie Alberto Lopez, Leiter des Nachhaltigkeitsprogramms beim Rat für Tourismus in Costa Rica mitteilt, besuchen mehr als 50 Prozent aller Touristen während ihres Aufenthalts im Land einen oder mehrere Nationalparks.

Die Landwirtschaft ist sowohl für die Ernährungssicherheit als auch für die Exporteinnahmen des Landes von zentraler Bedeutung. Wie der Tourismus ist sie abhängig von den natürlichen Gegebenheiten und prägt

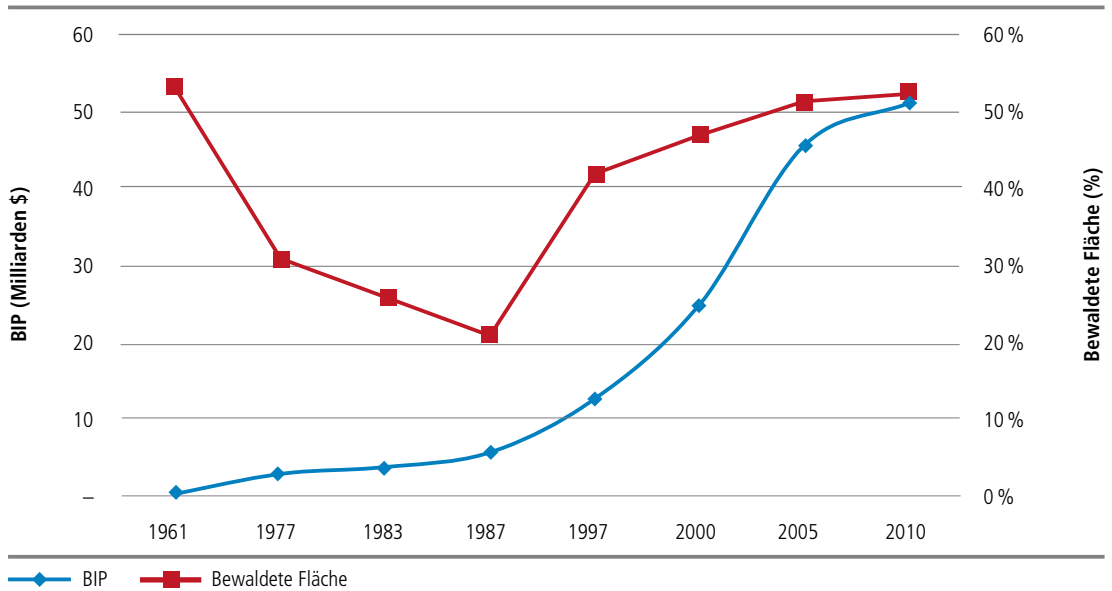
sie zugleich. Sehr oft ging die Initiative, Wassereinzugsgebiete wieder aufzuforsten, von Besitzern kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe aus, die einen Rückgang der Wasserqualität und Wassermenge in den Flüssen und Grundwasser führenden Bodenschichten bemerkt hatten. Viele exportorientierte Wirtschaftszweige, die sich in jüngerer Zeit stark entwickelt haben, z. B. Hersteller elektronischer und medizinischer Geräte und Anbieter ausgelagerter Unternehmensdienstleistungen, gäbe es heute nicht, hätte das Land nicht in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich in Bildung investiert.

Auch sozial wirkt sich Costa Ricas Entwicklungsmodell mit seinen beträchtlichen Investitionen in Gesundheitsvorsorge und Bildung positiv aus. Die durchschnittliche Lebenserwartung seiner Einwohner ist um mehrere Jahre höher als in den zentralamerikanischen Nachbarstaaten. Auch die Alphabetisierungsquote ist höher. Obwohl die Kriminalitätsraten in letzter Zeit gestiegen sind, fallen sie doch immer noch deutlich geringer aus als in den Nachbarländern. Wie oben beschrieben, sind die besseren Lebensumstände zum Teil Ergebnis des wirtschaftlichen Fortschritts. Dank eines höheren Pro-Kopf-Einkommens ist es einfacher, die öffentlichen Dienstleistungen zu finanzieren, die für das gute Abschneiden des Landes in sozialen Fragen sorgen. Doch die Wirkung ist wechselseitig und eben diese sozialen Faktoren haben ihrerseits einen positiven Einfluss auf Wirtschaft und Umwelt.

Ohne Frieden wäre es sehr viel schwieriger gewesen, wirtschaftlichen Wohlstand zu erlangen und die Umwelt zu schützen. Dies wird umso deutlicher vor dem Hintergrund der vielen Bürgerkriege und der schwelenden Gewaltbereitschaft in anderen Ländern der Region wie Nicaragua oder Honduras. Das geringe Wirtschaftswachstum, die dürftigen gesellschaftlichen Fortschritte und die fortschreitende Entwaldung in diesen Ländern stehen im Kontrast



**Abbildung 1: Bewaldete Fläche und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Costa Rica, 1961–2010**



Quelle: Index Mundi 2013; FONAFIFO 2012

zu Costa Ricas Erfolgen. Bildung spielt eine ähnlich wichtige Rolle: nicht nur – wie bereits erwähnt – für die Wirtschaft, sondern auch für die Umwelt. Victor Valle, Vizerektor der durch die UN gegründeten Friedensuniversität in Costa Rica, erklärt: »Als die Regierung in den 1970er-Jahren damit begann, Nationalparks zu schaffen, war die Bevölkerung schon gebildet genug, um Umweltschutz zu verstehen und zu unterstützen.«

Der Schutz der Umwelt und besonders der Erhalt der Wälder gehören zu den beeindruckendsten Erfolgen der Politik Costa Ricas. Die bewaldete Fläche des Landes schrumpfte von 75 Prozent des Staatsgebiets im Jahr 1940 auf nur noch 21 Prozent 1987. Dann wuchs sie wieder: 1997 bedeckte der Wald 42 Prozent des Staatsgebiets, heute sind es 52 Prozent (FONAFIFO 2012). Als einzigem Land in der Region ist es Costa Rica gelungen, seine bewaldete Fläche im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu vergrößern (Estado de la Nación 2011).

Andere Länder holzen weiterhin Wälder ab, in der Regel wegen des wachsenden Landbedarfs von Landwirtschaft und Viehzucht, doch Costa Rica hat den Trend der Entwaldung durch eine Reihe politischer Veränderungen gestoppt und umgekehrt. Zu diesen neuen Weichenstellungen gehören die Schaffung des Nationalparksystems, das PES-System und die Rücknahme fehlgeleiteter Anreize für das Abholzen von Wäldern. Diese großartige Umkehr ist unter den Bedingungen raschen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums gelungen. So zeigt das Beispiel Costa Ricas auf beeindruckende Weise, dass es möglich ist, Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung zu entkoppeln.

Besonders das PES-System hatte eine viel durchschlagendere Wirkung als erwartet. Seit seiner Einführung wurde das Programm immer weiter ausgedehnt, sodass heute für insgesamt 866.000 Hektar Land, fast ein Sechstel der Landfläche, Zahlungen geleistet werden.

Dennoch müssen, wie der Direktor von FONAFIFO, Jorge Mario Rodriguez, sagt, zwei Drittel der Antragsteller abgewiesen werden, weil das derzeit verfügbare Budget von 35 Millionen Dollar jährlich nicht ausreicht. Das PES-System hat jedoch andere Akteure angeregt, auf eigene Initiative Land rund um wichtige Wassereinzugsgebiete aufzukaufen, um ehemaliges Farmland wiederaufzuforsten.

In anderen Fällen haben zusätzliche Regierungsprogramme dafür gesorgt, dass PES-Zahlungen für weitere Investitionen in Nachhaltigkeit genutzt wurden. So bot die Regierung an, zusätzliche Mittel bereitzustellen, wenn über das PES-System ausgezahlte Gelder eingesetzt wurden, um Schulen und Krankenhäuser zu bauen. Dies gilt besonders für indigene Gemeinschaften im Süden des Landes.

Es ließen sich eine Reihe weiterer Beispiele dafür anführen, dass Costa Ricas Modell auf der Wechselwirkung von Wirtschaftswachstum, gesellschaftlichem Fortschritt und Umweltschutz basiert. Dies ist nicht Ergebnis eines einzelnen Nationalen Entwicklungsplans, sondern einer ganzheitlichen Entwicklungsvision, der sich im Lauf der jüngeren Geschichte viele führende Politiker und Entscheidungsträger anschlossen. Oft regten ihre Entscheidungen auch andere Länder in der Region an, für Nachhaltigkeit aktiv zu werden. So haben Mexiko und Ecuador ein System nach dem Vorbild des PES-Systems geschaffen.

In jüngster Zeit hat Costa Ricas Versprechen, bis 2021 die Treibhausgasemissionen auf null zu reduzieren, das Interesse vieler anderer Staaten geweckt. Die weltweiten Verhandlungen zum Klimaschutz sind zum Stillstand gekommen, weil Industrienationen und Entwicklungsländer sich nicht einigen können, wer die Emissionen zuerst und in welchem Umfang reduzieren muss. Costa Ricas kühner Vorstoß zeigt jedoch, dass es möglich ist, die Initiative zur Lösung von Problemen zu ergreifen, die alle Menschen betreffen.

## Herausforderungen

Noch ist in Costa Rica nicht alles zum Besten bestellt. Das Land muss weitere entscheidende Fortschritte nicht nur bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen, sondern auch in vielen anderen Bereichen machen. Der letzte Bericht zur Lage der Nation (Estado de la Nación 2012) gibt eine umfassende Übersicht über die drängendsten Herausforderungen, die das Land heute bewältigen muss, um sich weiter nachhaltig zu entwickeln. Einige der wichtigsten werden hier zusammengefasst.

In wirtschaftlicher Hinsicht gibt das große Haushaltsdefizit Costa Ricas Anlass zu ernster Sorge. Trat das Defizit zunächst als Folge der weltweiten Wirtschaftskrise auf, so verschlimmerte sich die Haushaltsslage durch das Fehlschlagen einer Steuerreform, die der Regierung 900 Millionen Dollar an zusätzlichen Einnahmen beschern sollte. 2011 betrug das Defizit 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn das Problem nicht gelöst wird, könnte der Mangel an ausreichenden Steuereinnahmen künftig Investitionen in Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen und Umweltschutz gefährden – also genau die Investitionen, die sicherstellen, dass Costa Rica sich nachhaltig entwickelt.

Wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft ist ein Hauptgrund zur Sorge, was den sozialen Frieden betrifft. Zwar sind in vielen Ländern der Region Einkommen und Vermögen



noch ungleicher verteilt, doch Costa Ricas ohnehin schon hoher Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß für Einkommensunterschiede, ist jüngst noch einmal gestiegen. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zum schwindenden Rückhalt des politischen Modells in der Bevölkerung, der so schwach ist wie zuletzt vor 30 Jahren. Beide Entwicklungen sind noch nicht alarmierend, müssen jedoch ernst genommen werden, wenn wichtige Programme für Nachhaltigkeit im Land auch künftig breite Unterstützung finden sollen.

Die drängendsten Fragen im Bereich des Umweltschutzes sind seit einiger Zeit eher »braun« als »grün«, denn Costa Rica hat zwar mit beträchtlichem Erfolg wiederaufgeforstet, doch keine Abhilfe bei Luft- und Wasserverschmutzung geschaffen. Die Probleme bei der Abfallentsorgung sind ebenfalls ungelöst. Auch die »blauen« Fragen, den Schutz des Süßwasservorkommens und der Meere betreffend, werden immer wichtiger. Mehrere Gesprächspartner bezeichneten die Verschmutzung der Flüsse als »nationale Schande«. Nur 0,7 Prozent der Hoheitsgewässer Costa Ricas, die insgesamt 500.000 Quadratkilometer umfassen, stehen unter Schutz. An vielen Stellen bedrohen Überfischung und Verschmutzung das ökologische Gleichgewicht der Meeresgebiete.

Wasser und Land werden seit Langem durch den exzessiven Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft verschmutzt. Es gibt keine umfassenden Daten dazu, doch der Bericht zur Lage der Nation (Estado de la Nación 2012) verzeichnet einen Anstieg der Agrarexporte von 430 Prozent zwischen 1978 und 2008. Im selben Zeitraum ist die kultivierte Agrarfläche nur um 42 Prozent gestiegen. Pestizide werden besonders bei der Massenproduktion von Früchten wie Bananen oder Ananas für den Export eingesetzt. Dass die Empfängerländer strengere Schutzvorschriften für diese Exportgüter eingeführt haben, zeigt zwar Wirkung, doch müsste Costa Rica selbst dringend striktere Regeln schaffen. Die Einhaltung von Vorschriften muss besser überwacht und illegale Umweltverschmutzung durch Pestizide härter bestraft werden.

Zu Verschmutzung und Verseuchung kommt es auch durch den fahrlässigen Umgang mit flüssigen und festen Abfallstoffen. Dadurch sind viele Flüsse stark kontaminiert. Die größten Hindernisse für Verbesserungen in der Abfallwirtschaft sind die hohen Investitionskosten für Abfallverwertungsanlagen sowie mangelndes Bewusstsein und fehlende Handlungskompetenz in den Kommunen, in deren Zuständigkeit das Problem fällt.

Die Ursachen anderer Umweltprobleme liegen im sich wandelnden Lebensstil der Bevölkerung. Zum Beispiel steigen Umweltverschmutzung und Energieverbrauch durch den Verkehr, da immer mehr Menschen Autos besitzen. Im Transportsektor werden bereits 59 Prozent der gesamten Energie verbraucht. Damit ist dieser Sektor verantwortlich für den größten Teil des Verbrauchs fossiler Brennstoffe und des Ausstoßes an Treibhausgasen, zumal bei der Stromgewinnung überwiegend erneuerbare Energien eingesetzt werden. Doch auch der steigende Strombedarf wird neue Herausforderungen mit sich bringen. So gibt es die Möglichkeit, vermehrt Erdwärme zu nutzen, vor allem in den Nationalparks. Die Bereitschaft des Landes, Kompromisse zwischen widerstreitenden Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu finden – in diesem Fall zwischen dem Schutz der Wälder und der Nutzung erneuerbarer Energien –, wird wahrscheinlich bald auf eine harte Probe gestellt werden.

Viele Probleme entstehen durch mangelhafte Raumplanung, die eine Folge unzulänglicher politischer Strukturen zu sein scheint. So fehlt es auf kommunaler und regionaler Ebene – also dort, wo viele Fragen der Flächennutzung entschieden werden müssten – an politischer Autorität und politischem Willen. Private Eigentümer vertreten nachdrücklich ihre Interessen und widersetzen sich strengeren Regeln. Ein extremes Beispiel ist die Tatsache, dass es trotz achtjähriger Vorbereitungszeit nicht gelungen ist, einen Flächennutzungsplan für die Metropolregion San José zu verabschieden und umzusetzen, obwohl die Europäische Union hierfür 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Hier wird klar: Es ist nötig, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu festigen und die Koordination unter ihnen und mit der Zentralregierung zu stärken, um in der Frage der Raumplanung Verbesserungen zu erreichen.

Wie effektiv das Land in Zukunft regiert werden kann, ist eine weitere offene Frage, die über die Erfolge von Costa Ricas Streben nach Nachhaltigkeit entscheiden wird. Zwar gehören Rechtssicherheit und politische Stabilität unzweifelhaft zur Erfolgsgeschichte, doch drohen die Macht der Judikative und die Zersplitterung der Parteien nun immer mehr zu Stolpersteinen zu werden (Bertelsmann Stiftung 2014). Rechtsstreitigkeiten werden manchmal erst nach Jahren geklärt. Immer häufiger wird auch in weniger wichtigen Fragen das Verfassungsgericht angerufen. Hierin, wie auch in der Zersplitterung der Parteien, zeigt sich die mangelnde Fähigkeit der Legislative zum Konsens. Die geringe Handlungsfähigkeit der Kommunen und die mangelnde Koordination zwischen der Zentralregierung und den subnationalen Regierungsebenen sind noch ungelöste Probleme. Es bleibt abzuwarten, ob die Bemühungen der amtierenden Regierung, hier Abhilfe zu schaffen, die gewünschte Wirkung haben werden.

Der jüngste Bericht zur Lage der Nation greift eine Äußerung des Planungsministers Gallardo auf. Er sagt das »Ende der leichten Erfolge« bei Costa Ricas Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit voraus. Die aktuellen Probleme sind hartnäckiger und es mag weniger attraktiv erscheinen, sie zu lösen. Auch müssen die Menschen hierzu ihr Verhalten vielleicht grundlegender ändern als in der Vergangenheit. Die notwendigen Entscheidungen wirken



sich unmittelbarer auf den Lebensstil der Menschen aus als früher, zum Beispiel wenn es darum geht, von privaten auf öffentliche Transportmittel umzusteigen. Die Erfolge in der Vergangenheit sollten jedoch allen Beteiligten Vertrauen in die Fähigkeit des Landes geben, mit diesen Problemen fertigzuwerden.

Sicherlich war es keine leichte Aufgabe, die Armee abzuschaffen oder die bewaldete Fläche wieder von 21 Prozent auf 52 Prozent des Staatsgebietes anwachsen zu lassen. Das neue übergreifende Ziel, bis 2021 klimaneutral zu werden, wird sich vielleicht als nützliche Wegmarke erweisen, da die meisten Probleme der Gegenwart – genau wie der Klimawandel – unauflöslich mit allen anderen Aspekten des Entwicklungsmodells verbunden sind und ihre Lösung daher einen grundlegenden Wandel im alltäglichen Verhalten und in der Politik erfordert. Das Ziel der Klimaneutralität eint das Land, so wie es andere große Aufgaben in der Vergangenheit getan haben. Doch für die Regierung wird es eine immer komplexere Aufgabe werden, das nötige Bewusstsein sicherzustellen, politischen Willen aufrechtzuerhalten und die erforderlichen institutionellen Strukturen zur Umsetzung von Lösungen zu schaffen.

## Was man von Costa Rica lernen kann

Die Geschichte jedes Landes wird von seinen besonderen Voraussetzungen geprägt, sodass die Möglichkeit, einzelne Erfolge auf andere Staaten zu übertragen, begrenzt ist. Dies gilt auch für Costa Rica. Die Gründe des Erfolgs von Costa Rica liegen zu einem großen Teil in der Ausstattung des Landes mit natürlichen Ressourcen und in Weichenstellungen der Kolonialzeit, die vor Hunderten von Jahren geschaffen wurden. Auch mehrere führende Politiker haben mit ihren Visionen und Taten im Lauf des vergangenen Jahrhunderts zu diesem Erfolg beigetragen. Dennoch hat das Land viele praktische Lösungen, wie z. B. das PES entwickelt, die andere Länder inspirieren können und dies auch tatsächlich tun. Dieses letzte Kapitel skizziert drei Lehren, die andere Länder aus Costa Ricas Erfahrungen ziehen können.

Die erste und grundlegendste Lehre: Nachhaltigkeit ist machbar. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele können tatsächlich gleichzeitig verfolgt werden und lassen sich miteinander vereinbaren – und zwar nicht nur auf sehr lange Sicht. Dabei sollte man nicht nur auf erforderliche Kompromisse schauen, denn die Erfolge in den verschiedenen Bereichen können sich sogar gegenseitig verstärken. Der Tourismus in Costa Rica wäre nicht die wirtschaftliche Kraft, die er heute ist, hätte das Land nicht bereits seit Jahrzehnten in Bildung und Umweltschutz investiert. Zudem hilft der gegenwärtige wirtschaftliche Erfolg dem Land, kontinuierlich Mittel für soziale Belange und Umweltschutz aufzubringen.

Natürlich funktioniert dieser vorteilhafte Kreislauf nicht immer. Trotzdem zeigt Costa Rica beispielhaft, dass soziales Wohlergehen und Umweltschutz nicht nur Kostenfaktoren, sondern wesentliche Entwicklungsvorteile sind. Das PES-System ist eines der besten Beispiele dafür, wie sich ökonomisches und ökologisches Denken verbinden lassen und zu einer praktischen, erfolgreichen Lösung führen können. Doch auch andere politische Programme, u. a. in den Bereichen Bildung und Wohlfahrt, waren in Costa Rica ebenso wichtig und erfolgreich. Zweitens: Pioniergeist kann sich lohnen. In Debatten über die gegenwärtigen globalen Herausforderungen wird oft vorausgesetzt, dass einzelne Länder nur dann ein Interesse haben,



im Bereich Nachhaltigkeit aktiv zu werden, wenn ein Abkommen auch andere Staaten zu entscheidenden Schritten zwingt. Was den Klimawandel betrifft, gilt zum Beispiel die Verringerung von Emissionen als Kostenfaktor, den kein Land klugerweise auf sich nehmen sollte, ohne dass andere Länder das Gleiche tun. Costa Ricas Erfolg lässt sich zu einem großen Teil dadurch erklären, dass führende Politiker diese Logik zurückwiesen und ihren Visionen folgten. Sie schufen die Streitkräfte ab und investierten in Bildung, kehrten den Prozess der Entwaldung um und kündigten vor Kurzem an, das Land werde bis 2021 klimaneutral sein.

Seine Rolle als globaler Vorreiter hat Costa Rica zwei konkrete Vorteile beschert: Die Politiker des Landes konnten diese Strategien innenpolitisch als von Grund auf positiv und einzigartig anpreisen. Dadurch erzeugten sie das Gefühl einer nationalen Mission, das die Bevölkerung und die Unternehmerschaft an einem Strang ziehen lässt. Das ist eine bedeutende Errungenschaft, zumal Nachhaltigkeit sowie ökologisch und sozial bewusstes Handeln oft als Verpflichtung und nicht als begeisternde Ziele wahrgenommen werden. Costa Rica ist es nicht nur gelungen, nach innen zu wirken, sondern auch nach außen hin einen sehr positiven Eindruck zu erwecken. Das wiederum hat dem Land geholfen, tragfähige und nützliche Beziehungen zu anderen Staaten aufzubauen. Auf diese Weise hat Costa Rica Zugang zu Fördermitteln erhalten, die es ohne diese Strategien nicht bekommen hätte. So hat das Ziel »Klimaneutralität« dem Land Millionen Dollar aus Fördertöpfen für Klimaschutz eingebracht – und zwar in einer Zeit, in der die traditionelle Entwicklungshilfe aus den traditionellen Geberstaaten sich langsam dem Ende zuneigt.

Die dritte und letzte wichtige Lehre: Nachhaltigkeit wird nicht von der Regierung allein erreicht. Costa Ricas Erfolg kann nicht durch den Entwicklungsplan einer einzelnen Regierung und auch nicht durch die Gesamtheit aller Maßnahmen der aufeinander folgenden Regierungen erklärt werden. Dieser Erfolg wurde vielmehr möglich, weil das ganze Land hinter großen Ideen stand: Beamte, Unternehmer, Nichtregierungsorganisationen, die akademische Welt und die Bevölkerung. Hinter der Gründung der Nationalparks stand zum Beispiel eine charismatische Gestalt wie Álvaro Ugalde, der später für mehrere Legislaturperioden das Na-

tionalparkamt leitete. Menschen wie er brauchten politische Führer mit Visionen, die ihre Ideen aufgriffen. Doch ohne die Vorarbeit und die ansteckende Begeisterung von Pionieren wie Ugalde wären diese Ideen vielleicht nie umgesetzt worden.

Das Ziel der Klimaneutralität motiviert Dutzende von Unternehmen, ihre eigenen Pläne zu entwickeln, um klimaneutral zu produzieren. Sie tun dies, noch bevor die Regierung entsprechende Regeln in Kraft setzt. Wissenschaftler und Zivilgesellschaft haben in vielen Fällen über eine nachhaltige Entwicklung gewacht, indem sie kritische Berichte veröffentlichten, protestierten oder Klage vor Gericht erhoben. Wichtige Programme von Regierungen unterschiedlicher Couleur wurden fortgeführt, sodass die nötige Kontinuität gewährleistet war. Man kann also von Costa Rica lernen, wie wichtig es ist, Nachhaltigkeit als etwas Positives im Bewusstsein zu verankern, das der ganzen Gesellschaft guttut und nicht den Versuch bemäntelt, sie nach einem Parteimanifest umzumodeln.

Diese Lehren können Menschen in anderen Ländern inspirieren und überzeugen, dass Nachhaltigkeit sogar unter schwierigen wirtschaftlichen und geopolitischen Bedingungen möglich ist. Außerdem sollten diese Lehren aus der Vergangenheit Costa Rica das Vertrauen schenken, dass das Land die Herausforderungen der Zukunft bewältigen kann.

## Literatur

- Bertelsmann Stiftung. *BTI 2014. Ländergutachten Costa Rica*. Gütersloh 2014.
- Conservation Finance Alliance. »National Conservation Finance Strategy: Costa Rica«. *Working Paper*. Washington, D.C. 2003.
- Estado de la Nación. *Cuarto Informe Estado de la Región Centroamericana en Desarrollo Humano Sostenible*. San José 2011.
- Estado de la Nación. *Decimotavo Informe Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible*. San José 2012.
- FONAFIFO (Fondo Nacional de Financiamiento Forestal). *Costa Rica. Tropical Forests: A Motor for Green Growth*. San José 2012.
- Index Mundi. GNP Growth Rates, basierend auf CIA-Factbook. Boston 2013. [www.indexmundi.com/g/r.aspx?v=66](http://www.indexmundi.com/g/r.aspx?v=66).
- Leff, Alex. »Costa Rica: where gold isn't king«. *Global Post*, 23. März 2011. [www.globalpost.com/dispatch/news/regions/americas/costa-rica/110311/gold-metal-mining](http://www.globalpost.com/dispatch/news/regions/americas/costa-rica/110311/gold-metal-mining).
- MIDEPLAN (Ministerio de Planificación Nacional y Política Económica). »Gobierno de Costa Rica. Plan Nacional de Desarrollo. Jorge Manuel Dengo Obregón. 2006–2010«. San José 2007.
- MIDEPLAN. »Gobierno de Costa Rica. Plan Nacional de Desarrollo 2011–2014. María Teresa Obregón Zamora«. San José 2010.
- NZZ (Neue Zürcher Zeitung). »Eine freudlose Halbzeit für Costa Ricas Präsidentin Chinchilla; Die Steuerreform scheitert – Affären erschüttern die Regierung«. *Neue Zürcher Zeitung* (International Edition), 29. Juni 2012.
- Obando, Vilma. *Estado de la Biodiversidad en Costa Rica*. Heredia 2000. [www.inbio.ac.cr/es/biod/estrategia/estudio.html](http://www.inbio.ac.cr/es/biod/estrategia/estudio.html).

Quesada Mateo, Carlos. *Estrategia de Conservación para el Desarrollo Sostenible de Costa Rica*. Ministerio de Recursos Naturales, Energía y Minas: San José 1990.

UNDP (UN Development Programme). *Human Development Report 2011*. New York 2011. <http://hdrstats.undp.org/en/tables/>.

World Bank. World Development Indicators (WDI). World Bank Data 2013. <http://data.worldbank.org/data-catalog>.

World Resources Institute (WRI). Climate Analysis Indicators Tool (CAIT) 2013. <http://cait2.wri.org>.

Die Interviews führten Andreas Esche, Armando García Schmidt, Marius Keller und Ingeborg Niestroy zwischen dem 28. Januar und dem 1. Februar 2013 in Costa Rica. Daniella Echeverría und Marius Keller vom International Institute for Sustainable Development (IISD) recherchierten im Vorfeld der Interviews wichtige Hintergrundinformationen. Ein besonderer Dank gilt *José Joaquín Chaverri Sievert*, Botschafter der Republik Costa Rica in der Bundesrepublik Deutschland, *Manuel Bernardo Dengo*, Botschafter der Republik Costa Rica bei den Vereinten Nationen in Genf, sowie *Allan Solís Fonseca* vom Außenministerium der Republik Costa Rica. Ohne ihre Unterstützung und ihr persönliches Engagement wäre die Studie nicht zustande gekommen. Für den Inhalt dieses Berichts und für die in ihm enthaltenen Wertungen und Meinungen sind allein die Autoren verantwortlich. Unser Dank gilt all denjenigen in Costa Rica, die uns ihre Zeit geopfert und mit uns gesprochen haben:

*Marco Anderson*, Director, Vice-Presidency for Research and Extension, Costa Rica Institute of Technology, Cartago; *Mayi Antillón G.*, Minister, Ministry of Economy, Industry and Commerce, San José; *Roberto Azofeifa Rodríguez*, Sustainable Production Department, Ministry of Agriculture and Livestock, San José; *Daniel Baldizón Chaverri*, Head of the Cabinet of the Vice Minister, Ministry of Foreign Affairs and Culture, San José; *Claudio Blanco Cubillo*, President, Association Source Administrator of the Aquifers of the Alfaro Ruiz Canton (AFAMAAR), Zarcero; *German Blanco Rojas*, Member of the Directive Council, Association Source Administrator of the Aquifers of the Alfaro Ruiz Canton (AFAMAAR), Zarcero; *Manuel Blázquez Sotillos*, Program Officer, Technical Cooperation Office (OTC) of the Embassy of Spain, San José; *Jan Breitling*, Co-Head of the Department of Environment, Peace and Security, University for Peace, San José; *Eva Carazo*, Coordinator of the Program for Popular Socioecological Education, Centro de Estudios y Publicaciones (CEP), San José; *Jeanette Cárdenas*, Natural Resources and Environmental Management, Inter-American Institute for Cooperation on Agriculture (IICA), San José; *Miguel Castro Hernández*, Institute for Rural Development, Ministry of Agriculture and Livestock, San José; *René Castro Salazar*, Minister, Ministry of Environment, Energy and Telecommunications, San José; *Rocio Córdoba*, Coordinator, Livelihoods and Climate Change Unit, International Union for Conservation of Nature (IUCN), San José; *Carlos A. Dengo Garrón*, President, CDG Environmental Advisors, San José; *José Roberto Dengo Garrón*, CDG Environmental Advisors, San José; *Manrique Esquivel Villalobos*, Ecology & Restoration, Nectrandia Institute, San Ramon, Alajuela; *Laura Fernández Delgado*, Adviser, Ministry of National Planning and Economic Policy, San José; *Roberto Gallardo*, Minister of Planning, Ministry of National Planning and Economic Policy, San José; *Rodrigo Gámez Lobo*, President, National Biodiversity Institute (INBio), Santo Domingo de Heredia; *Pascal Olivier Girot*, Regional Adviser in Climate Change for Latin America and the Caribbean, San José;

*Emilia González Aguilar*, Adviser to the Minister of Tourism, Costa Rica Tourist Board (ICT), San José; *Victoria Hernández Mora*, Observatory for Development, University of Costa Rica, San José; *Patricia Jimenez*, Operations Directorate, Servicio Nacional de Salud Animal (SENASA), Heredia; *Manfred Kopper*, Environmental Coordinator, Asociación Empresarial para el Desarrollo (AED), San José; *Alberto López*, Coordinator Tourism Sustainability Program, Costa Rica Tourist Board (ICT), San José; *Tania López Lee*, Vice Minister for Agriculture and Livestock, Ministry of Agriculture and Livestock, San José; *Patricia Madrigal*, CoopeSoLiDar, San José; *Ernst Martens*, Ambassador, Embassy of the Federal Republic of Germany in Costa Rica, San José; *Ronald McCarthy*, Officer, Biodiversity and Sustainable Use Unit, International Union for Conservation of Nature (IUCN), San José; *Luis Paulino Méndez Badilla*, Vice-President Academic Affairs, Costa Rica Institute of Technology, Cartago; *Leonardo Merino Trejos*, Researcher, State of the Nation, Pavas; *Gilberto Monge Pizarro*, Mayor, Municipality of Mora, Ciudad Colón; *Luis Alberto Muñoz*, Director, La República, San José; *Rosendo Pujol Mesalles*, Director, Schools of Civil Engineering, University of Costa Rica, San José; *Fernando Quevedo*, Costa Rica Representative Inter-American Development Bank (IDB), San José; *Jorge Retana Navarro*, Adviser to the Minister of Tourism, Costa Rica Tourist Board (ICT), San José; *Jorge Rodríguez Vives*, Director of International Cooperation, Ministry of Economy, Industry and Commerce, San José; *Andreas Nieters*, Program Director of Climate Action, Low-carbon Economic Development, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), San José; *Lizzy Retana*, Administrative Manager, Biotech Laboratory, Cartago; *Carlos Manuel Rodríguez*, Senior Policy Adviser; Vice President, Center for Conservation and Governments, Conservation International, San José; *Jorge Rodríguez*, Director of International Cooperation, Ministry of Economy, Industry and Commerce, San José; *Jorge Mario Rodríguez Zúñiga*, Executive Director, National Foundation for Forestry Financing, San José; *Jonathan Rojas Marín*, Administrator, Association Source Administrator of the Aquifers of the Alfaro Ruiz Canton (AFAMAAR), Zarcero; *Cr. Miguel Rojas Chaves*, Professor and Researcher, Coordinator, Research Center for Biotechnology, Costa Rica Institute of Technology, Cartago; *Carlos Roverssi Rojas*, Vice Minister for Foreign Affairs and Culture, Ministry of Foreign Affairs and Culture, San José; *Alberto Salas*, Senior Official, Biodiversity Conservation and Sustainable Use Unit, International Union for Conservation of Nature (IUCN), San José; *Gisela Sánchez*, Director of Corporate Relations, Florida Bebidas, Heredia; *Michael Schlönvoigt*, Senior Adviser, German Cooperation for Development, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), San José; *Maribel Sequeira Gutiérrez*, Director of Unit for Special Studies, Area for State Modernization, Ministry of National Planning and Economic Policy, San José; *Vivienne Solís Rivera*, Founder, CoopeSoliDar, San José; *Álvaro Francisco Ugalde Víquez*, Chief Executive Officer, Nectrandia Institute, San Ramon; *Victor M. Valle*, Associate Vice Rector, University for Peace, San José; *William Alfaro Vargas*, Vice President, Association Source Administrator of the Aquifers of the Alfaro Ruiz Canton (AFAMAAR), Zarcero; *Milton Villarreal Castro*, Vice-Rector, Costa Rica Institute of Technology, Cartago; *Marta E. Villegas Murillo*, Executive Director of Sectoral and Agricultural Planning, Ministry of Agriculture and Livestock, San José; *Natalia Zamora Bregstein*, Director Institutional Affairs, National Biodiversity Institute (IN-Bio), Santo Domingo de Heredia.